



Zusammenfassung

„Nigeria – Tinubu nach 100 Tagen im Amt: Erfolge, Herausforderungen und Ausblick“

13.9.2023, 13:00 – 14:15 Uhr

Virtuell via Zoom

Hintergrund

Am 29. Mai 2023 wurde Nigerias neuer Präsident Bola Ahmed Tinubu vereidigt. Der Politiker des *All Progressive Congress* übernahm das Amt von seinem Parteikollegen Muhammadu Buhari, der nach zwei Amtszeiten abtrat. Tinubu hatte sich gegen den früheren Vize-Präsidenten Atiku Abubakar von der *Peoples' Democratic Party* (PDP) und den als Außenseiter geltenden Peter Obi von der *Labour Party* durchgesetzt. Sowohl Obi als auch Abubakar fochten das Wahlergebnis vor Gericht an.

Die politische und wirtschaftliche Situation im Land gilt als angespannt und stellt Tinubu vor zahlreiche Herausforderungen: So führte z.B. die Deregulierung der nationalen Währung Naira zu einem drastischen Verfall des Wechselkurses, welcher wiederum Preise für Lebensmittel in die Höhe trieb. Gleichzeitig führte der Beschluss der neuen Regierung, die langjährige Treibstoffsubvention aufzuheben, zu einem spürbaren Anstieg der Benzinpreise. Der Putsch im Nachbarland Niger verschärft zudem die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Region und erhöht den Druck auf Tinubu, der aktuell auch den Vorsitz der Regionalgemeinschaft ECOWAS innehat.

Was konnte die Regierung Tinubus nach 100 Tagen im Amt erreichen? Was sind die zentralen Herausforderungen der kommenden Monate und Jahre? Und was kann von Tinubus Politik mit Blick auf die deutsch-nigerianischen Beziehungen und Nigerias Rolle in der Region erwartet werden?

Diese und weitere Fragen standen im Zentrum der Diskussion, zu der die Deutsche Afrika Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung einluden.

Highlights

- Die von der neuen Regierung eingeführten Reformen waren dringend notwendig, jedoch gibt es Kritik an der Umsetzung. Die Reformen hätten strategischer und zeitversetzt implementiert werden und Abfederungsmechanismen für die Bevölkerung angeboten werden müssen. Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen und Reformen ist es erforderlich, die Regierungsausgaben zu reduzieren, um die finanzielle Belastung der Bevölkerung zu mindern.

Grußwort

Sabine Odhiambo

Generalsekretärin,
Deutsche Afrika Stiftung

Moderation

Jochen Luckscheiter

Leiter des Büros der
Heinrich-Böll-Stiftung in
Abuja

Diskussion

Cynthia Mbamalu

Menschenrechtsanwältin
und Mitgründerin von *Yiga
Africa*

Chinenye Uwanaka

Juristin und Gründerin der
*Africa Policy Conversations
Initiative* (AFPC)

Kommentar

Jibril Jibril

Wirtschafts- und
Handelsberater, Botschaft der
Bundesrepublik Nigeria in
Berlin

Alexandre Callegaro

stv. Referatsleiter Westafrika,
Auswärtiges Amt



- Die Opposition ist nach der Wahl zwar zahlenmäßig stärker – und diverser – im Parlament vertreten, dennoch gelingt es ihr bisher nicht, ihre Funktion als Interessensvertretung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Regierung zu erfüllen.
- Nigeria ist sich als bevölkerungsreichstes Land Afrikas seiner Führungsrolle in der Region und auf dem Kontinent bewusst. Als Vorsitzender der Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS betont Präsident Tinubu die Wichtigkeit von Demokratie und regionaler Stabilität.

Reformen und Herausforderungen

Die Regierung von Tinubu habe bereits wichtige und dringend notwendige Reformen umgesetzt, war sich das Panel einig. Hierzu zählen insbesondere die Deregulierung des Nairas sowie die Abschaffung von Treibstoffsubventionen. Kritik gab es jedoch an der Umsetzung der Reformen. Diese seien zu früh, ohne strategische Planung und ohne Abfederungsmechanismen durchgeführt worden, kritisierte u.a. Cynthia Mbamalu. Zudem seien die Reformen alle gleichzeitig umgesetzt worden, was die finanzielle Belastung der Bevölkerung noch verstärkt habe, ergänzte Chinenye Uwanaka. So seien infolge der Währungsreform die Inflation und damit die Lebenshaltungskosten der Bürgerinnen und Bürger weiter angestiegen. Die Treibstoffsubventionen hätten zusätzlich die Transportkosten sowie die Energiekosten für Stromgeneratoren in die Höhe getrieben, worunter auch Kleinunternehmen leiden würden. Zahlreiche Geschäfte seien infolgedessen geschlossen und Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt worden. Es sei daher notwendig, Reformen sowie deren Ankündigung strategisch zu planen und diese dann auch transparent umzusetzen, betonte Uwanaka. Dabei sollten auch die Regierung und ihre Mitglieder bereit sein, ihre Ausgaben bzw. Zuschläge zu reduzieren, um der Bevölkerung zu zeigen, dass sie die finanzielle Belastung nicht allein trage. In diesem Zusammenhang halte sie auch die Größe des neuen Kabinetts, das mit 47 Ministerinnen und Minister größer als das der Vorgängerregierung sei, für bedenklich.

Tinubus Kabinett

Neben der Größe gab es auch Kritik an der Zusammensetzung des Kabinetts. Zwar hatte Tinubu während seines Wahlkampfes verkündet, einen Frauenanteil von 35% in seiner Regierung anzustreben, dieser liege nun jedoch bei lediglich 19%, kritisierte Mbamalu scharf. Einige Kabinettsnennungen hätten zudem die Frage aufgeworfen, ob politische Loyalitäten hier eine größere Rolle als fachliche Qualifikationen spielen würden, was das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie weiter beeinträchtige. Entsprechend sei es dringend notwendig, transparente und verantwortungsvolle Regierungsführung zu beweisen, insbesondere mit Blick auf die Verwendung der durch die Aufhebung der Treibstoffsubvention eingesparten Gelder. Diese Mittel sollten gezielt für Projekte eingesetzt werden, die die Lebensbedingungen der Menschen verbessern und gleichzeitig die Rolle von Frauen und der Jugend fördern.

Jugendbeteiligung und Bildung

Das Durchschnittsalter von Nigerias Bevölkerung läge aktuell bei 18 Jahren – entsprechend habe auch das Versprechen, in die Jugendentwicklung zu investieren, eine wichtige Rolle in Tinubus Wahlkampf gespielt. Um jungen Menschen eine Perspektive in Nigeria zu geben, müssten neben der Stärkung von demokratischen Prozessen und Institutionen auch umfassend in die Bildung, das Unternehmertum sowie die Diversifizierung der Wirtschaft investiert werden, so die Teilnehmenden. Das im Juni dieses Jahres verabschiedete *Student Loan Bill* sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Dennoch wäre auch hier eine sorgfältigere Revision des Gesetzes notwendig gewesen, damit dieses auch tatsächlich den Bedürfnissen



der Studentinnen und Studenten gerecht werde, so Mbamalu.

Rolle der Opposition

Die Opposition habe eine wichtige Funktion - nicht nur als Gegengewicht zur Regierung, sondern auch als kritische Instanz zur Überprüfung und Verbesserung von Regierungspolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Dies erfordere eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition sowie die Fähigkeit, Vorschläge der Regierung nicht nur zu kritisieren, sondern auch alternative Lösungen vorzuschlagen, betonte Mbamalu. Zwar sei die Opposition in dieser Legislaturperiode deutlich stärker in der Nationalversammlung vertreten, dennoch hätte sich ihre Hoffnung auf eine qualitativ starke Opposition bisher nicht erfüllt, so Mbamalu weiter. Statt Gesetzesvorlagen gründlich und konstruktiv zu debattieren und ggf. Änderungsvorschläge einzubringen, würden Gesetze durch das Parlament durchgewunken werden, wie es z.B. beim *Student Loan Bill* der Fall gewesen sei. Auch bei der Diskussion um den Subventionsabbau hätten sich die Debatten im Parlament vor allem um die Frage gedreht, wie viel Geld der Staat durch die Einsparungen erhalte und nicht, wie die Folgen des Subventionsabbaus für die Bevölkerung abgedeckt werden könnten. Dies zeige, dass die Opposition trotz zahlenmäßiger Stärke ihrer Rolle als Kontrollinstanz der Regierung und Interessensvertretung der Bürgerinnen und Bürger noch nicht gerecht werde. Eine qualitativ starke Opposition könnte aber zu einer enormen Stärkung der politischen Institutionen beitragen und demokratische Prozesse in Nigeria nachhaltig verbessern.

Nigerias Rolle in der Region und auf der internationalen Bühne

Bereits in seiner Antrittsrede betonte Präsident Tinubu, dass sich Nigeria als bevölkerungsreichstes Land Afrikas seiner Führungsrolle auf dem Kontinent bewusst sei und man sich für Solidarität auf dem Kontinent einsetzen werde. Auch regional zeige Nigeria die Bereitschaft, Verantwortung und Führung zu übernehmen, noch stärker, seit Tinubu den Vorsitz der ECOWAS übernommen habe, so Mbamalu. Die harte Reaktion der ECOWAS auf den jüngsten Putsch in Niger würden zeigen, dass man sich den Werten der Demokratie und Stabilität der Region verpflichtet fühle. Dennoch kritisierte sie das Vorpreschen mit Sanktionen und Androhung einer militärischen Intervention. Vielmehr hätte sie einen stärkeren Fokus auf Diplomatie und politischem Druck als Mittel zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung erwartet. Die Verhängung von harten Wirtschaftssanktionen gegen das Nachbarland hätten auch die wirtschaftlichen Aktivitäten im Grenzraum beeinträchtigt und so zu einer Verschiebung des Diskurses in Nigeria beigetragen, erklärte Mbamalu. Zusätzlich sei es in der Kommunikation nicht gelungen, die Entscheidung als gemeinsame Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der ECOWAS-Mitglieder und nicht als Einzelentscheidung des Vorsitzenden und Präsidenten von Nigeria darzustellen. Deutschland habe die klare Haltung der ECOWAS gegenüber undemokratischen Regierungswechseln unterstützt und befürworte die Rolle regionaler Organisationen wie der ECOWAS oder der Afrikanischen Union (AU) in ihren Ansätzen, so Alexandre Callegaro. Es sei wichtig, afrikanische Akteure vor Ort zu haben, die Verantwortung übernehmen und den internationalen Partnern den Weg weisen.

Bedeutung der deutsch-nigerianischen Beziehungen:

Die deutsch-nigerianischen Beziehungen seien sehr eng und facettenreich, waren sich Jibril Jibril und Callegaro einig. So arbeite man u.a. im Energiesektor zusammen und auch die neue Regierung werde die enge Kooperation fortsetzen, so Jibril. Dabei gehe die Zusammenarbeit von Deutschland und Nigeria weit über herkömmliche bilaterale Kooperationen hinaus, betonte Callegaro. Man teile gemeinsame Interessen und Werte und begrüße Nigerias und ECOWAS' klare Positionierung zum Putsch in Niger sowie Nigerias Solidarität seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Nigeria sei ein Schlüsselpartner



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent und die Beteiligung Nigerias und anderer afrikanischer Länder an internationalen Angelegenheiten werde sehr geschätzt, weshalb man die Aufnahme der AU in die G20-Gruppe unterstützt habe und auch die Reformforderungen der afrikanischen Staaten für den UN-Sicherheitsrat fördere. Betont wurde auch die Notwendigkeit einer neuen Art der Beziehung zwischen dem sogenannten „Westen“ und Afrika, die auf Ehrlichkeit und Respekt basiert. Ein erster Schritt hier seien Initiativen wie die Rückgabe der Benin-Bronzen aus deutschen Museen und die Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit. Deutschland plane auch künftig, ein zuverlässiger Partner für Nigeria zu sein, sowohl in bilateralen Kooperationen als auch in gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung globaler Herausforderungen.